

München, 11.02.2021

SPD fordert baldige Öffnung von Grund- und Förderschulen mit tragfähigem Sicherheitskonzept

Bildungspolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr: Baldige Öffnung für Grund- und Förderschulen mit tragfähigem Hygienekonzept - Für ältere Schülerinnen und Schüler Entscheidungsrecht der einzelnen Schulen

Die bildungspolitische Sprecherin **Dr. Simone Strohmayr** fordert für Grundschülerinnen und Grundschüler in Bayern eine Perspektive auf baldige Öffnung mit einem tragfähigen Sicherheitskonzept, also FFP2-Masken, Luftfilter und regelmäßigen Tests. "Die Situation für viele Grundschülerinnen und Grundschüler sowie Schülerinnen und Schüler an Förderschulen, und auch für ihre Eltern, ist nicht mehr tragbar. Das beweisen auch die Notbetreuungszahlen, die in der Grundschule bei zehn Prozent und in den Förderschulen bei 22 Prozent liegen." Wichtig sei, jetzt sowohl dem Gesundheitsschutz, aber auch dem Recht auf Bildung gerecht zu werden. "Eine sanfte Schulöffnung für die Grundschulen und Förderschulen ab dem 22. Februar mit einem tragfähigen Sicherheitskonzept und ohne Zwang halten wir für einen sinnvollen Mittelweg."

Für ältere Schülerinnen und Schüler sei es denkbar, dass die Schulen autonom entscheiden dürfen, ob sie weiter Distanzunterricht ermöglichen. "Wenn sich die Mehrheit damit wohler fühlt und der Distanzunterricht für alle gut funktioniert, müssen hier die Verantwortlichen mehr Mitspracherecht haben."

Klar sei, dass das aktuelle Schuljahr nicht benotet werden dürfe wie in coronafreier Zeit, so Strohmayr, die auch stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion ist. "Den Schülerinnen und Schülern fehlt ein guter Teil des Lernstoffs, das ständige Hin und Her, der Wechselunterricht, der Distanzunterricht, das mangelnde Konzept der Staatsregierung haben insgesamt zu einem großen Defizit geführt. Daher muss das Übertrittszeugnis in dieser Form wegfallen." Das gesamte Konzept müsse ohne Druck und Zwang vonstatten gehen. "Schülerinnen und Schüler, die in der Schule am besten lernen und denen der soziale Umgang erkennbar fehlt, können in Präsenz unterrichtet werden - aber Schülerinnen und Schüler von Familien, in denen der Distanzunterricht gut funktioniert, dürfen weiter zuhause lernen. Damit all das gerecht abläuft, braucht es natürlich weiter ein Recht auf digitale Unterrichtsangebote."